

Behandlung der Probleme und Klarheit der Sprache auszeichnen; er muß durch die Beweiskraft der Tatsachen überzeugen und die Massen zum sozialistischen und patriotischen Bewußtsein und Handeln erziehen.

Der Leitartikel „Die neue Lage und was sie von uns fordert!“ vom 27. März 1955 zum Beispiel beantwortete die Frage, welche politische Linie unsere Partei nach der Zustimmung des Bonner Bundestages und des Bundesrates zu den Pariser Verträgen einschlägt. Die Annahme dieser Verträge durch die Bonner Instanzen, so wurde im „Neuen Deutschland“ festgestellt, erschwert nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern erhöht auch die Kriegsgefahr in Europa. Im Leitartikel wurde nachgewiesen, daß eine neue Lage entstanden ist, die berücksichtigt werden muß, will man die richtige Stellung zur Frage der deutschen Wiedervereinigung beziehen. Erste Aufgabe bleibt, so wurde in dem Leitartikel unterstrichen, das gesamtdeutsche Gespräch zu verstärken, die Deutschen aus Ost und West immer mehr zu einer Verständigung zu bringen. Gleichzeitig wurde aber auch auf die Aufgabe hingewiesen, die Deutsche Demokratische Republik als das Bollwerk des Friedens und der Demokratie in Deutschland politisch, wirtschaftlich und moralisch zu stärken und auch die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gegen alle Anschläge der Monopolisten und Militaristen zu treffen. An diesem Beispiel läßt sich besonders deutlich nachweisen, wie notwendig das Studium der Leitartikel des Zentralorgans unserer Partei für alle Genossen ist. In nicht wenigen Parteiorganisationen wurde von Genossen, darunter auch von leitenden Funktionären, die durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge entstandene neue Lage eine Zeitlang nicht erkannt. Sie gingen in Diskussionen über die Wiedervereinigung an der Tatsache vorbei, daß beide Teile Deutschlands nunmehr nur wiedervereinigt werden können, wenn das Pariser Vertragswerk liquidiert wird. Sie vermochten den parteilosen Massen folglich auch nicht überzeugend die Bedeutung des Warschauer Vertrages als Sicherheitsmaßnahme der demokratischen und friedliebenden Staaten zu erklären.

Im Leitartikel „Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der DDR“ vom 21. September 1955 schätzte das Zentralorgan die Bedeutung des Staatsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR ein. Dabei wurde bewiesen, in welchem Maße der Vertrag die Autorität der Deutschen Demokratischen Republik und die demokratischen Kräfte ganz Deutschlands stärkt und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage dient. Der Leitartikel beantwortete auch die unter der Bevölkerung oft gestellte Frage, wie wir unter den neuen Bedingungen zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen können: „Die Hauptverantwortung bei dieser schwierigen Aufgabe fällt dem deutschen Volk selbst zu. Die Hauptsache ist und bleibt, daß alle deutschen Patrioten in Ost und West, besonders die Arbeiter, Zusammenhalten; daß die Nationale Front sich siegreich durchsetzt; daß sich die Regierung der DDR und die Regierung der Bundesrepublik gegenseitig anerkennen und Zusammenarbeiten.“

Mit diesem Hinweis und mit dem Leitartikel „Die Nationale Front weiter entfalten und festigen“ vom 28. September 1955 lenkte das „Neue Deutschland“ die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf eine zentrale Aufgabe und rührte damit zugleich an einen wunden Punkt in unserer politischen Massenarbeit. Der Staatsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion ist eine Frucht der gemeinsamen Arbeit aller demokratischen Kräfte